

## DRINGLICHE INTERPELLATION

der Grossräte Charles Clerc, UDC, Guillaume Vanay (Suppl.), UDC, und Roger Ecoeur,  
UDC, betreffend Zigeuner: nie wieder! (11.09.2012) 2.241

Dringlichkeitskriterien

Aktualität des Ereignisses: Die Debatte rund um das unerlaubte Campieren einer Gruppe Zigeuner auf einem Privatgrundstück ist noch voll im Gange.

Unvorhersehbarkeit: Es war unvorhersehbar und undenkbar, dass der Staat im Gegensatz zum Kanton Waadt nicht seine Grundaufgabe wahrnehmen würde, nämlich den Schutz von Personen und Gütern. Es war ebenso unvorhersehbar, dass sich die Kantonspolizei von diesem Ereignis derart überrumpeln lassen würde – ein Ereignis, das angesichts der von den Fahrenden immer wieder angewandten Politik der vollendeten Tatsachen gegenüber privaten Grundbesitzern nichts Aussergewöhnliches ist.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme: Da es in letzter Zeit ausserhalb des Kantons immer öfter zu solchen Situationen kommt, ist zu befürchten, dass sich Ereignisse wie jene vom Juli in Monthey anderswo im Wallis wiederholen könnten. Deshalb ist es wichtig, dass das Wallis für alle Eventualitäten gerüstet ist und unverzüglich jene Massnahmen ergreift, die im Juli bitter nötig gewesen wären.

Angesichts des von A bis Z katastrophalen Umgangs mit dem illegalen Zigeunercamp auf einem Feld in Monthey diesen Sommer zeigt sich die UDC-Fraktion beunruhigt und hinterfragt das Verhalten der Regierung – insbesondere der Vorsteherin des DSSI – und der Kantonspolizei, deren wichtigste Aufgabe doch eigentlich die Sicherstellung des Personen- und Güterschutzes sein sollte. Unsere Beunruhigung ist umso grösser, als dass die gegenwärtige Häufung solcher Vorfälle ausserhalb des Kantons darauf hindeutet, dass das Wallis jederzeit erneut mit einer solchen Situation rechnen muss.

Werden die Eigentümer, auf deren Grund die Zigeuner beim nächsten Mal ihr Unwesen treiben, also wiederum im Stich gelassen? Wird die Kantonspolizei, von der wir eigentlich Besseres gewohnt sind, wiederum die Sicherheit der illegalen Besetzer über den Schutz der rechtmässigen Grundbesitzer stellen? Wird das Wallis erneut zum Gespött der Schweiz werden?

Schlussfolgerung:

Um zu verhindern, dass sich ein solcher Skandal wiederholt, stellt die UDC folgende Fragen:

1. Wie kann es sein, dass alle von der Ankunft der Zigeuner in Monthey derart überrascht wurden? Gab es keinen Alarmierungsplan für ein solches Phänomen, das immerhin lange im Voraus bekannt war und nicht zum ersten Mal auftrat?
2. Wurde wenigstens in der Zeit, die seit diesem unrühmlichen Ereignis vergangen ist, ein Alarmierungsplan erarbeitet bzw. der bestehende Plan überprüft?
3. Hätte die Kantonspolizei im Sinne eines «Ertappens auf frischer Tat» gemäss Artikel 22 Buchstabe a des Gesetzes über die Kantonspolizei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt, das illegale Camp gleich zu Beginn wegen Sachbeschädigung bzw. Hausfriedensbruch zu räumen?
4. Hätte die Vorsteherin des DSSI nicht auch die Pflicht gehabt, das illegale Camp räumen zu lassen, schon nur aufgrund der allgemeinen Polizeiklausel?
5. Hätte sie nicht aufgrund mehrerer Gesetzesgrundlagen einschreiten sollen (einige Stichworte: Verheiraten von Minderjährigen auf Kantonsgebiet, Gesundheitsgesetzgebung, Umweltgesetzgebung)?
6. Wie kommt es, dass die Kantonspolizei im Nouvelliste vom 27. Juli 2012 behauptet, niemals einen Räumungsbefehl erhalten zu haben, wo doch der Unterwalliser Staatsanwalt am 24. Juli 2012 genau einen solchen Befehl schriftlich an die Kantonspolizei gerichtet hat? Wer sind die Verantwortlichen für dieses katastrophale und für unsere Behörden imageschädigende Wirrwarr? Werden sie belangt?

7. Am 28. Juli 2012 zitierte die Zeitung «Le Temps» die Vorsteherin des DSSI dahingehend, dass der Kommandant der Kantonspolizei davon ausgegangen sei, die Situation sei ohne die Mithilfe der Waadtländer Mediatorin für Fragen in Zusammenhang mit Fahrenden in den Griff zu kriegen. Kann sie die Verantwortung einfach so auf den Polizeikommandanten abschieben, wo doch mittlerweile jedem bekannt sein dürfte, dass dieser zum fraglichen Zeitpunkt im Ausland weilte?
8. Plant der Staatsrat einen Leitfaden zuhanden der Gemeinden für den Umgang mit solchen Situationen, ähnlich wie er im Kanton Waadt existiert?
9. Welche anderen Massnahmen hat er ergriffen oder plant er zu ergreifen, damit das Wallis für das nächste Mal bereit ist und nötigenfalls erneuten illegalen Besetzungen von Grundstücken durch Zigeuner schnell ein Ende setzen kann?

Sitten, den 11. September 2012  
(09.58 Uhr)

Charles Clerc, Grossrat, UDC  
Guillaume Vanay, Grossrat (Suppl.), UDC  
Roger Ecoeur, Grossrat, UDC